

**Presseerklärungen der Herbstvollversammlung  
der Österreichischen Bischofskonferenz,  
vom 7. – 9. November 2000 in Wien, Kardinal König Haus**

**Ökumene**

**Caritas**

**Entwicklungszusammenarbeit**

**Grundrechte-Charta der Europäischen Union**

**"Dialog für Österreich" - Projektgruppe "Neue Wege der Verkündigung"**

**Dialog für Österreich - "Plattform Jugend-Dialog X"**

**Dialog für Österreich - Allianz für den freien Sonntag**

**Dialog für Österreich - Ökumenisches Sozialwort**

**Dialog für Österreich - "Bischofsein heute"**

**Dialog für Österreich - "Geistliche Berufe"**

**Dialog für Österreich "Erwachsenenkatechumenat"**

**Ökumene**

Die katholische Kirche in Österreich wird die ökumenische Zusammenarbeit mit den anderen christlichen Kirchen des Landes "in der bewährten Weise" fortsetzen. Die österreichischen Bischöfe nehmen die Diskussionen um die Erklärung "Dominus Iesus" zur Kenntnis und bitten alle, die am ökumenischen Dialog teilnehmen, um eine nicht von Vorurteilen geprägte Befassung mit dem Text. Die Zurückweisung eines Relativismus, der Jesus Christus nur als einen Religionsstifter unter anderen sehen will, muss ein gemeinsames Anliegen aller Christen sein. Darum sind die klärenden Worte zu begrüßen.

Papst Johannes Paul II. sagt in seiner Stellungnahme zu "Dominus Iesus" vom 1. Oktober sehr deutlich, dass keine "Geringachtung für die anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zum Ausdruck" gebracht werden soll, wenn in "Dominus Iesus" die Feststellung des Zweiten Vatikanischen Konzils zitiert wird, dass die "einzige Kirche Christi in der katholischen Kirche verwirklicht ist".

Diese Überzeugung wird - so der Papst - von dem Bewusstsein begleitet, dass dies kein menschliches Verdienst ist, sondern "ein Zeichen der Treue Gottes, die stärker ist als die menschlichen Schwächen und Sünden", wie sie am ersten Fastensonntag des heurigen Jahres feierlich vor Gott und den Menschen einbekannt wurden.

Im ökumenischen Dialog dürfen das jeweilige Selbstverständnis und die Identität nicht verleugnet werden, um einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Das wäre angesichts des Gebetes Jesu um Einheit zu wenig. Auch in der jüngsten Erklärung der österreichischen evangelisch-lutherischen Synode wird mit Recht von der notwendigen "Achtung vor dem Selbstverständnis" des jeweils anderen gesprochen. Gläubige Menschen können gar nicht anders miteinander reden, als dass sie die für sie zutiefst verpflichtende Glaubensperspektive ins Gespräch einbringen. Das hat nichts mit Arroganz oder Intoleranz zu tun. Klarheit schadet der Ökumene nicht.

Wenn es um Vertiefung der Ökumene geht, dann muss es auch möglich sein, dass wir einander darlegen, was uns das Kostbarste ist: Für die katholische Kirche ist dies gerade die Eucharistie als "Mitte und Höhepunkt des christlichen Lebens".

Im Sinn der Ehrlichkeit des ökumenischen Dialogs müssen die Unterschiede gegenseitig respektiert werden. Es nützt der Ökumene nicht, wenn Gläubige der anderen Kirche zu Handlungen ermutigt oder gar aufgefordert werden, die der Lehre und Kirchenordnung ihrer eigenen Tradition widersprechen.

Die Bischöfe halten - bezugnehmend auf einen Fall von "Interzelebration" (gemeinsame Eucharistiefeier durch einen katholischen Priester und einen nichtkatholischen Pfarrer) in Salzburg - fest, dass "Interzelebration" der katholischen Glaubenslehre über die Kirche und die Eucharistie auf schwerstwiegende Weise widerspricht und daher auch vom kirchlichen Recht ausdrücklich untersagt ist.

In diesem Sinn bitten die Bischöfe die Priester und Gemeinden, aber auch die Verantwortungsträger der anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, alles zu unterlassen, was letztlich dem ökumenischen Geist zuwiderläuft, auch wenn es den Anschein eines ökumenischen Fortschritts erweckt. Die katholische Kirche weiß sich hier auch mit den orthodoxen Kirchen eins: Die gemeinsame Eucharistiefeier kann nur das Ziel sein, wenn die Glaubenseinheit erreicht ist, nicht aber der Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Spannungen der letzten Wochen haben bewusst gemacht, dass die getrennten Christen einander schon sehr nahe gekommen sind, dass sie aber auch den Mut haben müssen, Trennungen auszuhalten, wenn diese wesentliche Punkte ihres Glaubensverständnisses betreffen. Insofern können diese Spannungen auch zu einer Reifung und Vertiefung des Ökumene-Verständnisses beitragen. Mehr denn je geht es darum, in einer Welt voller Zweifel, Ängste und Fragen gemeinsam Zeugnis für Christus als den "einen Herrn und Erlöser" abzulegen.

## **Caritas**

Die österreichischen Bischöfe appellieren an die politischen Kräfte, alles zu tun, um den sozialen Frieden als Basis für ein gutes Miteinander aller Menschen in Österreich zu erhalten und zu festigen. Auch die Bischöfe treten für bewusstes Haushalten mit den vorhandenen Mitteln ein: Eine "Wende zum Weniger" ist notwendig vor allem auch im Blick auf die künftigen Generationen. Freilich sollen nicht in erster Linie jene belastet werden, die jetzt schon wenig haben.

Die "Caritas" ist als Einrichtung der Katholischen Kirche in ihrer Arbeit tagtäglich mit einigen Auswirkungen neuer Sparmaßnahmen auf Menschen konfrontiert, die zu sozial schwächeren Gruppen gehören. Die Bischöfe teilen die Sorge der "Caritas", dass im Bemühen um rasch wirksame Einsparungsmaßnahmen wichtige Detailfragen ungeklärt bleiben. Die Gerechtigkeit in einer Gesellschaft bemisst sich daran, wie mit den sozial Schwächsten umgegangen wird. Wir brauchen eine konsequente Sparpolitik, aber wir dürfen deswegen das soziale Netz nicht schwächen.

## **Entwicklungszusammenarbeit**

Die Österreichische Bischofskonferenz appelliert an alle Verantwortlichen in der Politik, in den Interessenverbänden und in den Kirchen, alles zu tun, um die für die Entwicklungszusammenarbeit notwendigen Aufwendungen sicher zu stellen. Das betrifft sowohl die innereuropäische Solidarität wie die Mitverantwortung für die außereuropäischen Länder des "Südens".

Die Bischofskonferenz bekräftigt mit Nachdruck die im September 2000 abgegebene Erklärung der früheren Vorsitzenden der österreichischen Kommission "Iustitia et Pax", Kardinal Franz König und Erzbischof Alois Wagner, sowie des derzeitigen Vorsitzenden der Kommission, Weihbischof Heinrich Fasching, die unter dem Leitwort "Entwicklung ist ein anderes Wort für Friede" betont haben: "Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden ist. Diese Fehlentwicklungen bedürfen einer Korrektur - zuerst in unseren Köpfen und Herzen".

In diesem Zusammenhang danken die Bischöfe der zuständigen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner für ihre Bemühungen um die Entwicklungszusammenarbeit.

Dem Anliegen der weltweiten Gerechtigkeit und des Friedens würde auch ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder dienen. Die Bischöfe erinnern an die Aktivitäten des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden ("Iustitia et Pax") sowie an die österreichische Kampagne "Erlassjahr 2000", insbesondere aber an die mehrfachen Appelle des Heiligen Vaters in Bezug auf Entschuldung im Jubiläumsjahr 2000.

## **Grundrechte-Charta der Europäischen Union**

Die österreichischen Bischöfe machen sich die Stellungnahme der Vollversammlung des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) zum Entwurf der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu eigen. Die Stellungnahme erfolgte bei der CCEE-Vollversammlung im belgischen Löwen am 22. Oktober:

Im Rahmen der Überlegungen über die Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses und den Beitrag, den die katholische Kirche dabei leisten kann, hat der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die anlässlich des Treffens des Europäischen Rates in Nizza am kommenden 7.-8. Dezember proklamiert wird, eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Bischöfe sind der Auffassung, dass die Charta ein Teil des Prozesses ist, der den institutionellen Rahmen der Europäischen Union stärkt. Diese Charta stellt an sich etwas Positives dar, da sie das frei übernommene Netz der Verbindung und der Kooperation stärkt, welches die Entwicklung von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität für unseren Kontinent sichert und fördert. Die Menschenrechte gehören nämlich zum wertvollsten Teil der religiösen, moralischen, kulturellen und zivilen Tradition Europas.

Gleichzeitig haben die Bischöfe feststellen müssen, dass einige Formulierungen unvollständig oder schlechterdings unannehmbar sind: abgesehen vom Fehlen jedes Hinweises auf Gott, betrifft das Verbot des Klonens menschlichen Lebens nur das reproduktive Klonen; man will auch durch die Unterscheidung zwischen "Recht auf Ehe" und "Recht auf Familie" Verbindungen, die von der Ehe verschieden sind, anerkennen und als Familien bezeichnen; es wird unterlassen, den Kirchen und religiösen Gemeinschaften als solchen eine spezifische juristische und institutionelle Relevanz zuzuerkennen.

Die Bischöfe wissen es andererseits zu schätzen, dass die enge Verbindung zwischen der Charta und einigen ethisch-sozialen Prinzipien, wie Subsidiarität, Solidarität und Respekt für die nationale Identitäten als bedeutungsvoll anerkannt wird. Ebenso wird der Zusammenhang mit dem rechtlichen Rahmen der bereits in früheren internationalen Dokumenten festgelegten wichtigen Rechte wie auch mit den verfassungsmäßigen Traditionen der Mitgliedstaaten gesehen.

Die katholische Kirche weiß, dass sie, zusammen mit anderen Kirchen und christlichen Gemeinschaften, einen großen Beitrag zur Förderung des religiösen, geistigen und moralischen Erbes unseres Kontinents leisten kann. Die Bischöfe begrüßen deshalb alle Bemühungen, die sowohl in den einzelnen Ländern als auch auf europäischer Ebene das christliche Erbe erneuern und stärken können. Dies war im Verlauf der Geschichte und ist mehr denn je für die Zukunft - zusammen mit anderen Traditionen - ein entscheidender Beitrag zur Humanisierung und zur Förderung der Einheit für alle Völker Europas.

## **"Dialog für Österreich"**

### **Projektgruppe "Neue Wege der Verkündigung"**

Die Verkündigung des Evangeliums ist die wichtigste Aufgabe der Kirche. Die Weitergabe des Glaubens ist aber in unserer Gesellschaft in eine Krise geraten. Viele Menschen haben den Eindruck, heute bestehe die einzige Gewissheit darin, dass sich alles ständig verändert. Damit droht in unserer Gesellschaft der Sinn für die bleibende Wahrheit verloren zu gehen. Zugleich ist aber auch festzustellen, dass viele Menschen auf der Suche sind, sich nach einer gültigen und befreienden Antwort auf die Grundfragen nach woher, wohin und wozu des Lebens sehnen. Dazu kommt, dass Verkündigung des Evangeliums heute in einer multikulturellen und multireligiösen Umgebung stattfindet.

Die "Dialog für Österreich"-Projektgruppe "Neue Wege der Verkündigung" hat unter der Leitung von Erzbischof Georg Eder eine umfangreiche Zusammenschau von Möglichkeiten, Modellen und Ideen erarbeitet, von der "Verkündigung durch Begleitung" bis zu den "Chancen des Internet für die Verkündigung".

Das Evangelium verkünden bedeutet zunächst, das Bewusstsein von Sinn und Transzendenz in unserer Gesellschaft wach zu halten oder überhaupt erst zu wecken, Menschen das Gespür für Gott und sein Geheimnis neu entdecken lassen.

Die Verkündigung des Evangeliums ist allen Gläubigen aufgetragen, es braucht Menschen, die mit ihrem Leben und ihrem Wort für das Evangelium einstehen. Die Kirche muss Erfahrungsorte, Räume und Situationen anbieten, in denen das Klima der Begegnung mit Gott gefördert wird.

Damit die Priester vor allem geistliche Zeugen und Begleiter zum Leben mit Gott sein können, muss entschieden dafür gesorgt werden, dass sie diese Berufung auch leben können. Viele fragende, suchende, unruhig gewordene Menschen brauchen neue Wege der Begegnung mit dem Glauben.

Die Arbeit dieser Projektgruppe ist ein wesentlicher Baustein für die verschiedenen geplanten Schritte der kommenden Jahre (zB. Pfarrgemeinderatswahl 2002, "Jahr der Berufung" usw).

## **Dialog für Österreich**

### **"Plattform Jugend-Dialog X"**

Gemeinsam mit "Jugend-Bischof" Paul Iby sind von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den verschiedenen kirchlichen Jugendgruppierungen vier konkrete Projekte für die nächsten 24 Monate erarbeitet worden. Bei einem weiteren Treffen der Projektgruppe "Dialog X" von 25. bis 26. Oktober 2000 in Salzburg haben 120 Jugendliche aus ganz Österreich teilgenommen. Folgende Ideen sollen nun in den nächsten Monaten in Angriff genommen werden:

#### **"Kommunikation und Vernetzung"**

Durch Internet, E-Mail und eine eigene Homepage sind die Jugendlichen im Dialog X in ihrem Engagement ständig in Verbindung, um die geplanten Projekte zu verwirklichen.

#### **"Jugendbegegnung Innsbruck"**

Zu Pfingsten 2001 wird in Innsbruck eine Jugendbegegnung stattfinden, zu der rund 3000 Jugendliche erwartet werden.

#### **"Aktivierende Befragung"**

Fragen über Gott, zur Lebenssituation junger Menschen in Österreich, ihren Hoffnungen und Ängsten, stehen im Mittelpunkt dieser Aktion. Jugendliche sollen andere Jugendliche interviewen, um "Betroffene zu Beteiligten" zu machen. Diese Aktion soll im kommenden Jahr starten und bis 2002 an verschiedenen Orten in Österreich durchgeführt werden.

#### **"Nightwatch"**

Im Herbst 2001 soll es eine Nacht des Gebetes quer durch Österreich geben. Zur selben Zeit werden sich an rund 15 Orten in Österreich Jugendliche zu Gottesdiensten bzw. Gebetsstunden zusammenfinden.

#### **"72 Stunden"**

Jugendliche stellen sich für 72 Stunden in den Dienst für schwächere und benachteiligte Menschen. Vom "Dienst" am Kinderspielplatz bis zum Einsatz im Seniorenhaus ist alles möglich. Diese Aktion ist für das Frühjahr 2002 geplant.

## **Dialog für Österreich**

### **Allianz für den freien Sonntag**

Die österreichischen Bischöfe begrüßen den Ausbau der österreichweiten Allianz für den freien Sonntag, besonders die Erarbeitung des am 9. Oktober beschlossenen Grundsatzprogramms (siehe unten). Die von Diözesanbischof Maximilian Aichern geleitete "Dialog für Österreich"-Projektgruppe "Sonn- und Feiertag im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung" konnte damit eine neue Form gesellschaftspolitischen Engagements initiieren, die für Partner aus dem kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich offen ist. Das Bundesland Salzburg hat den Schutz des Sonntags bereits in der Landesverfassung verankert. Andere Bundesländer sind im Begriff es zu tun.

In der Allianz für den freien Sonntag treten verantwortungsbewusste Kräfte aus Kirche und Gesellschaft gemeinsam dafür ein, dass der freie Sonntag nicht vordergründigen wirtschaftlichen Interessen geopfert wird. Zugleich geht es um eine breite Bewusstseinsbildung für den Wert des Sonntags und der Feiertage.

Derzeit arbeiten in der Allianz die schon bestehenden Allianzen für den freien Sonntag auf Diözesan- und Bundesländerebene, die Österreichische Bischofskonferenz, der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer mit. Gespräche mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich sowie bundesweiten Mitgliederorganisationen aus Kirche(n) und Gesellschaft sind eingeleitet.

#### Grundsatzprogramm der Allianz

Sonn- und Feiertage stellen für alle Menschen in unserer Gesellschaft, insbesondere für Gruppierungen, die im kulturellen, religiösen, sportlichen, sozialen oder politischen Bereich tätig sind, einen unverzichtbaren Wert dar. Die Ausweitung der Sonn- und Feiertagsarbeit in gesellschaftlich nicht notwendige Bereiche bedeutet einen gravierenden Einschnitt in das Gefüge der Gesellschaft: Die Deregulierung der Arbeitszeit, der Zugriff auf Sonntag und Feiertage und das Ausdehnen der Wochenendarbeit in allen Ländern Europas zeigen, wie mächtig Wirtschaftsinteressen in das Leben der Menschen und in die Gesellschaft eingreifen. Menschen sollen mit ihrer Erwerbsarbeit rund um die Uhr verfügbar sein, jederzeit einsetzbar im Handel und Tourismus, in industriellen Produktionsprozessen, und in den verschiedensten Dienstleistungen. Diese Entwicklung reduziert den Menschen auf Arbeits- und Kaufkraft. Gerade der gemeinsame arbeitsfreie Sonntag ist ein Zeichen, dass der Mensch mehr ist als Arbeitskraft und Konsument.

Der Sonntag ist in unserer Gesellschaft der regelmäßige gemeinsame freie Tag, ein Tag der Muße und Erholung, ein Tag der Begegnung, der Familie und der Gemeinschaft, ein Tag der Besinnung, des Gottesdienstes und des Feierns und ein Tag vielfältigen Engagements außerhalb von Erwerbsarbeit und Konsum.

Daraus ergibt sich das Engagement für die freien Sonn- und Feiertage als kulturelle, religiöse, soziale und politische Herausforderung. Die Allianz stellt für den freien Sonntag folgende Forderungen:

1. Die Sonntags- und Feiertagsruhe muss generell gesetzlich geschützt bleiben.
2. Die bestehenden Ausnahmen nach dem Arbeitsruhegesetz sind laufend auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Für Ausnahmeregelungen zur Sonn- und Feiertagsarbeit muss es kollektivvertragliche Rahmenbedingungen geben.



3. Sonn- und Feiertagsarbeit muss Ausnahme bleiben und einen höheren Preis haben als Normalarbeitszeit. Für diejenigen, die solche Arbeit im Dienst der Mitmenschen leisten, muss es eine angemessene Entlohnung und Ersatzfreizeit geben.

4. Gesetze, die ein Durchbrechen der Sonn- und Feiertagsarbeit erlauben, müssen geändert werden, damit der schleichenden Ausweitung der Sonntagsarbeit vorgebeugt werden kann; Kontrolle und Sicherung der Sonn- und Feiertagsruhe müssen garantiert sein.

5. Die Sonn- und Feiertagsruhe muss in Österreich auf Bundes- und Landesebene, verfassungsrechtlich verankert werden.

6. Seitens der EU müssen der arbeitsfreie Sonntag geschützt und die gesetzlichen Feiertage der einzelnen Mitgliedsstaaten - als Ausdruck der kulturellen und religiösen Identität - respektiert werden.

Die Mitglieder der Allianz verpflichten sich zu einem intensiven, bewusstseinsbildenden und politischen Engagement zum Schutz der freien Sonn- und Feiertage.

## **Dialog für Österreich Ökumenisches Sozialwort**

Die Erarbeitung eines gemeinsamen Sozialworts ist ein Gradmesser für die gute Zusammenarbeit und das gute ökumenische Klima zwischen den christlichen Kirchen in Österreich. Die österreichischen Bischöfe sind daher über den guten Start der ersten Phase des Projekts Sozialwort - die Erhebung der sozialen Praxis in den einzelnen Kirchen - besonders erfreut. Die Ergebnisse dieser Erhebung, die bis 15. Jänner dauern wird, sollen in einem Sozialbericht präsentiert werden. Der Sozialbericht wird die Vielfalt der sozialen Initiativen der christlichen Kirchen sichtbar machen, auf soziale Missstände hinweisen und Forderungen an die Verantwortungsträger in Politik und Kirche formulieren.

Grundlage für die Erhebung der sozialen Praxis ist der Text "Standortbestimmung" (siehe Beilage), von dem aufgrund der großen Nachfrage bereits eine zweite Auflage erstellt werden musste (der Text ist auch über das Internet unter [www.sozialwort.at](http://www.sozialwort.at) abrufbar). Die österreichischen Bischöfe begrüßen es, dass die Katholische Sozialakademie (ksoe) im Zusammenhang mit dem Projekt Ökumenisches Sozialwort ihre Kompetenz für alle christlichen Kirchen in Österreich zur Verfügung stellen kann.

## **Dialog für Österreich "Bischofsein heute"**

Die Projektgruppe "Bischof-Sein Heute" hat unter der Leitung von Diözesanbischof Alois Kothgasser im Dialog mit der römischen Kongregation für die Bischöfe Anforderungen und Profil für das Amt des Bischofs formuliert. Die grundsätzlichen Überlegungen zum Thema "Bischofsernennungen" werden auf ausdrücklichen Wunsch der Kongregation in die 2001 geplante Bischofssynode zum Thema "Der Bischof, Diener Jesu Christi für die Hoffnung der Welt" eingebracht.

## **Dialog für Österreich "Geistliche Berufe"**

Unter dem Vorsitz von Bischof Alois Schwarz hat die Projektgruppe "Geistliche Berufe in Österreich" einen ausführlichen Bericht ausgearbeitet und der Bischofskonferenz das Ergebnis vorgelegt.

Die Mitglieder der Projektgruppe sehen großen Handlungsbedarf in der Erneuerung der Lebens- und Glaubenskultur von "geistlichen Berufen". Aufgabe von Gemeinden, Gemeinschaften und nicht zuletzt von uns Bischöfen muss es sein mitzuhelfen, dass es für Priester und Laien in den unterschiedlichen Bereichen möglich ist einen geistlichen Lebensstil zu gestalten. Eine Lebenskultur von Ordensleuten, Diakonen und Priestern, in Gemeinschaften und Gemeinden ist der erste wesentliche Schritt zur Erhaltung, Entdeckung und Entfaltung von "geistlichen Berufen".

In dem Bericht werden auch jene Fragen benannt, für die es des weiteren Dialogs in der Weltkirche bedarf: die Verbindung von Priestertum und Zölibat bzw. die Frage nach der Zulassung von geeigneten verheirateten Männern zur Priesterweihe (viri probati) und die Zulassung von Frauen zum ständigen Diakonat.

Als vordringliches Anliegen, um zu Antworten auf diese Fragen zu kommen, ist die Vertiefung des Wissens um das Wesen und die Sendung des priesterlichen Dienstes zu beachten.

## **Dialog für Österreich "Erwachsenenkatechumenat"**

Unter der Leitung von Weihbischof Helmut Krätzl hat die Projektgruppe "Erwachsenenkatechumenat" eine Arbeitshilfe für Gemeinden und Gemeinschaften erarbeitet.

Christsein zu lernen und zu lehren, ist ein Grundauftrag der Kirche, zu dem jeder Christ berufen ist. Erwachsene Taufbewerber (Katechumenen) kommen quasi von außen. Sie erinnern die Christen an ihre Taufe, und an die Perspektiven, die darin begründet sind. Dadurch helfen sie ihren Begleitern und den sie annehmenden Gemeinden, das eigene Christsein neu zu entdecken. Erwachsene Menschen, die sich für das Christentum interessieren, sind eine Herausforderung. Sie erwarten von Christen ein Leben als Christen. Im Dialog, in der schrittweisen Begleitung auf dem Weg zur Taufe oder Tauferneuerung, ist damit jeder Taufwerber auch mitgestaltend und bereichernd für jene Gemeinde, in die er hineinwächst.